

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Otto-von-Guericke-Straße 65 · 39104 Magdeburg

An

Daria Kinga Majewski, Marcel Dörner

Lesben-, Schwulen, & Queerpolitischer Runder Tisch Sachsen-Anhalt

c/o c/o Zentrum für sexuelle Gesundheit

Herderstraße 17

39108 Magdeburg

Landesverband Sachsen-Anhalt

Susan Sziborra-Seidlitz

Landesvorsitzende

Dennis Helmich

Landesvorsitzender

Landesgeschäftsstelle

Otto-von-Guericke-Straße 65

39104 Magdeburg

Tel.: +49 391 4015 539

Mail: info@gruene-lsa.de

Magdeburg, 15. Juli 2026

Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine

Sehr geehrte*r Daria Kinga Majewski,

sehr geehrte*r Marcel Dörner,

vielen Dank für die Übersendung der Wahlprüfsteine des LSQpRT Sachsen-Anhalt. Unsere Antworten lauten wie folgt:

Bildung

1. LSBTIAQ-Inhalte in Schule & Lehrplänen*

Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass LSBTIAQ-Lebensrealitäten verbindlich, altersgerecht und diskriminierungssensibel in die Lehr- und Bildungspläne aller Schulformen integriert werden und bestehende Bildungs- und Präventionsangebote langfristig finanziell abgesichert bleiben?*

LSBTIAQ*-Lebensrealitäten müssen verbindlich, altersgerecht und diskriminierungssensibel in die Lehr- und Bildungspläne aller Schulformen integriert werden, und zwar muss dies über den Sexualkundeunterricht hinaus fächerübergreifend geschehen. Dabei muss sich die gesellschaftliche Vielfalt auch in Lehrmaterialien (schon in der Kita) abbilden, um zur Entstigmatisierung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie zur Normalisierung von Regenbogenfamilien beizutragen. Außerdem muss der Sexualkundeunterricht nach wissenschaftlichen Erkenntnissen überarbeitet werden, sodass auch dieser diskriminierungssensibel gestaltet ist und die sexuelle Vielfalt adäquat thematisiert. Wir wollen darüber hinaus Kinder vor Diskriminierung, Mobbing, Rassismus und Queerfeindlichkeit an allen Schulen schützen. Hierfür stärken wir gezielt Beratungsangebote, insbesondere mobile Angebote, sowie Präventionsprogramme und unterstützen Netzwerke wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ in ihrer wichtigen Arbeit vor Ort, indem wir dafür einen ausreichenden personellen und finanziellen Rahmen bereitstellen.

Wir setzen für Schulen eine unabhängige landesweite Ombudsstelle für Diskriminierung und Übergriffe jeglicher Art – verbal und körperlich – ein, an die sich Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte zur (anonymen) Meldung von Vorfällen und zur (anonymen) Beratung im Umgang mit diesen wenden können. Ebenfalls sollen Schulmaterialien durch eine Anti-Bias-

Stelle, welche im Bildungsministerium angesiedelt wird, auf diskriminierungssensible Sprache überprüft werden.

Schulleitungen wollen wir landeseinheitliche und rechtssichere Handlungsrichtlinien bereitstellen, welche es ermöglichen, den baulichen, unterrichtlichen und dokumentarischen Bedürfnissen von trans, intergeschlechtlichen und nicht-binären Schüler*innen im Schulalltag gerecht zu werden.

Das Projekt „Medienkoffer Geschlechtervielfalt“ für Kitas und Grundschulen, den sogenannten Kitakoffer des Kompetenzzentrums für geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe, wollen wir verstetigen und so ausbauen, dass deutlich mehr Einrichtungen davon partizipieren können.

2. Qualifizierung von pädagogischem Personal

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um sicherzustellen, dass Lehrkräfte und pädagogisches Personal verpflichtend und kontinuierlich in den Themen LSBTIAQ, Antidiskriminierung und gendersensible Pädagogik aus- und weitergebildet werden und entsprechende Fortbildungsangebote dauerhaft gesichert sind?*

Wir wollen verbindliche regelmäßige Fortbildungen von Lehrer*innen, auch solchen im Quer- bzw. Seiteneinstieg, im Bereich der Diskriminierung absichern, um Lehrkräfte zu sensibilisieren und um ihnen wirksame Werkzeuge im Umgang mit Diskriminierung und Übergriffen an die Hand zu geben. Hierfür muss der Fort- und Weiterbildungskatalog des Landes erweitert und die entsprechenden Themen prioritär verankert werden. Auch in der Ausbildung von Lehrkräften und pädagogischem Personal müssen die Themen LSBTIAQ*, Antidiskriminierung und gendersensible Pädagogik verpflichtend verankert sein.

Wir wollen außerdem eine Qualifizierungsoffensive für Vertrauenspersonal an Schulen im Bereich der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt initiieren. Darüber hinaus stärken wir die Schulsozialarbeit, die häufig der Grundpfeiler in der Antidiskriminierungsarbeit an Schulen ist, indem sie die didaktischen Kompetenzen der Lehrkräfte durch die der sozialen Arbeit ergänzt. Durch ein Landesprogramm Schulsozialarbeit wollen wir erreichen, dass es an jeder Schule mindestens eine Schulsozialarbeitsstelle gibt.

3. Chancengleichheit im Bildungssystem

Die Bildungschancen queerer Kinder und Jugendlicher können durch erfahrene Diskriminierung oder die Angst vor Diskriminierung beeinträchtigt werden. Viele junge Menschen sehen sich dadurch gezwungen, zusätzliche Bewältigungsstrategien zu entwickeln, was ihre schulische und persönliche Entwicklung belasten kann. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um diesen Benachteiligungen entgegenzuwirken und Chancengleichheit für queere Kinder und Jugendliche im Bildungssystem zu fördern?

Zum einen wird auf die Ausführungen zu Mobbing, Antidiskriminierung und Prävention aus den vorangegangenen Antworten verwiesen. Zum anderen hat die Schulsozialarbeit einen hohen Stellenwert, da sie bei Schüler*innen mit schulischen Diskriminierungserfahrungen häufig eine wegweisende und stabilisierende Rolle einnimmt. Queere Schüler*innen in ökonomisch prekären Situationen und/oder mit Migrationshintergrund und/oder mit Behinderungen sind außerdem von Mehrfachdiskriminierung betroffen, die sich ganz klar auf ihre Bildungschancen auswirkt.

Weniger als die Hälfte der besonders benachteiligten Jugendlichen erreichen grundlegende Kompetenzen in Lesen und Mathematik. Bei den privilegiertesten Jugendlichen sind es fast

alle. Das sind keine individuellen Ausrutscher. Das ist ein Systemfehler. Deswegen müssen wir Bildungsgerechtigkeit, auch und gerade für queere Schüler*innen, systemisch denken: Wir wollen einen Aktionsplan gegen Kinder- und Jugendarmut erarbeiten und Eltern bei den Kosten von Klassenfahrten, Lehrmaterialien, Mittagessen, Kultur-, Sport- und Freizeit-Teilhabe entlasten. Wir wollen Ressourcen und Personal dort stärken, wo Armut besonders grassiert und Wege besonders lang sind. Darüber hinaus wollen wir das System der Förderschulen überwinden und tatsächliche Inklusion durch gemeinsamen Unterricht in der Regelschule ermöglichen. Wir müssen außerdem mehr in Sprachförderung und Sprachstandserhebung investieren. Internationale Bildungsstudien haben gezeigt, dass Bildungssysteme, in denen die Kinder länger gemeinsam lernen, gerechter sind. Deswegen wollen wir in einem ersten Schritt die Grundschule bis zur 6. Klasse verlängern. Perspektivisch wollen wir erreichen, dass die Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam beschult werden können. Sekundarschulen wollen wir als Schulform abschaffen und zu Gemeinschaftsschulen umwandeln. Diese strukturellen Maßnahmen müssen zusammenspielen, um ein gerechtes Bildungssystem für alle zu schaffen.

Regenbogenfamilien stärken

1. Queersensible Jugendarbeit

Setzt sich Ihre Partei für die Stärkung von Regenbogenfamilien ein, und damit auch für queersensible Jugendarbeit? Wie wollen Sie verlässliche Schutzräume, Teilhabemöglichkeiten und queersensible Alltagsstrukturen schaffen, insbesondere Schutzkonzepte in allen Einrichtungen der Jugendhilfe.

Wir setzen uns ganz klar für die Stärkung von Regenbogenfamilien und queersensible Jugendarbeit ein.

Die Förderung des „Landeszentrums Jugend und Kommune“ werden wir verstetigen. Die wertvolle Arbeit des Landeszentrums zur Beteiligung junger Menschen in den Kommunen wollen wir auch für weitere Akteur*innen nutzen, etwa im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der Kitas und Schulen. Eine konzeptionelle Erweiterung wollen wir mit dem Träger zusammen entwickeln. Zielstellung ist, ein Landeszentrum „Jugend und Demokratie“ aufzubauen. Das Kompetenzzentrum für geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe leistet wichtige Arbeit. Wir Grünen wollen das Zentrum weiter unterstützen.

Derzeit fehlen vielerorts Orte, an denen junge Menschen sich frei treffen und austauschen können. Deshalb wollen wir etwa mehr Jugendorte schaffen und ausbauen, wozu insbesondere unbeplante Räume und selbstverwaltete Jugendzentren in kleineren Städten und Gemeinden zählen. Diese sollen auch queere Schutzräume, Teilhabemöglichkeiten und queersensible Alltagsstrukturen aufbauen. Der Ausbau der queersensiblen Jugendarbeit muss mit der Erarbeitung entsprechender Schutzkonzepte einhergehen.

Mit dem Ausbau der Förderung der Familienzentren im Land sowie der Familienverbände schaffen wir Begegnungs- und Bildungsräume für Familien, auch für Regenbogenfamilien. Dafür wollen wir auch die mobile Familienarbeit ausbauen und digitale Angebote unterstützen. Hierunter müssen auch Angebote für Regenbogenfamilien fallen.

2. Landesrecht

Wie soll eine landesgesetzliche Regelung erfolgen, die Regenbogenfamilien sichtbarer macht, einschließlich der Aufnahme vielfältiger Familienformen in Landesregelungen und Angeboten der Familienhilfe und -beratungen?

Regenbogenfamilien müssen sich in den Begrifflichkeiten landesgesetzlicher Regelungen und der Angebote der Familienhilfe und -beratung widerspiegeln. Beratungsangebote und Angebote der Familienhilfe müssen auch auf die Belange von Regenbogenfamilien ausgerichtet sein. Diese Fachberatungsangebote müssen durch Schulungen des beratenden Personals entsprechend ausgeweitet werden. Familienzentren müssen auch Regenbogenfamilien offenstehen. Wir wollen die finanzielle Förderung der künstlichen Befruchtung, anderer reproduktionsmedizinischer Leistungen und Kinderwunschbehandlungen durch das Land stärken und diese Förderung auch für queere Paare und ledige Frauen öffnen, denn der Wunsch nach Familiengründung darf nicht weiter nach heteronormativen Standards bewertet werden.

Im Bund setzen wir uns weiterhin für die längst überfällige Reform des Abstammungsrechts ein, die es lesbischen Müttern sowie trans*, nicht-binären und intergeschlechtlichen Eltern ermöglichen soll, diskriminierungsfrei die eingetragenen Elternteile ihrer Kinder zu sein.

Demokratie und Gleichstellung

1. Queere Community stärken

Wie wollen Sie die queere Community und ihre vielfältigen Angebote zukünftig unterstützen? Wie soll eine auskömmliche finanzielle und strukturelle Unterstützung aussehen? Wie stehen Sie zu den zwei Landeskoordinierungsstellen?

Wir Grünen wollen die vielfältigen Angebote auch zukünftig unterstützen und für eine auskömmliche Finanzierung derselben sorgen, indem wir uns in den kommenden Haushaltsverhandlungen für ihren Erhalt stark machen. Wir stehen klar zu den zwei Landeskoordinierungsstellen und ihrer so wichtigen Arbeit für die Community im Land. Wir befürworten das Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ und begrüßen, dass dieses kurz vor Ende der Legislatur noch verabschiedet wurde. Die Fortschreibung des Aktionsprogramms LSBTTI und die Überführung in ein Landesprogramm war längst überfällig. Dennoch kritisieren wir, dass viele der Maßnahmen von Projektfördermitteln abhängig sind. Wir setzen uns stattdessen für eine verlässliche Finanzierung der Maßnahmen des Landesprogramms „Queer in Sachsen-Anhalt“ ein.

2. Schutz queerer Menschen

Wie wollen Sie die queere Community vor den immer stärker werdenden Angriffen von Rechts schützen? Insbesondere wie stehen Sie zur Einordnung von CSDs als politische Versammlung und deren Schutz?

Wir stellen uns mit aller Klarheit und Entschiedenheit gegen die immer stärker werdenden Angriffe von Rechtsextremen auf die queere Community im Land. Rechtsextreme tragen ihren politischen Kulturkampf auch in Sachsen-Anhalt seit Jahren auf dem Rücken der queeren Community aus. Wir lassen uns nicht von unserer klaren Haltung abbringen und stehen weiter fest an der Seite der queeren Community. Wir stellen uns genauso entschieden gegen jegliche queerfeindliche Rhetorik von Konservativen und kämpfen für Mitstreiter*innen in allen demokratischen Parteien. Denn wir können die queere Community und ihre Rechte nur gemeinsam, über das politische Spektrum hinweg, verteidigen.

Wir stellen in den letzten Jahren eine Verschärfung der Sicherheitslage im Kontext von CSDs in Sachsen-Anhalt fest. Schutzkonzepte müssen hierfür neu erarbeitet, bereits bestehende Konzepte evaluiert und verbessert werden. Diese müssen insbesondere durch verpflichtende Inhalte der Queersensibilität und politischen Bildung in der polizeilichen Aus- und Weiterbildung flankiert werden. Die Polizei muss die hauptamtliche Ansprechpartner*in sowie die Community selbst bei der Erstellung entsprechender Konzepte einbinden, um aus persönlichen Diskriminierungserfahrungen zu lernen und die Sicherheitslage zu verbessern. Zum Schutz der CSDs ist auch notwendig, sie als politische Versammlung einzuordnen, die nach dem Recht auf Demonstrations- bzw. Versammlungsfreiheit in Artikel 8 unserer Verfassung unter besonderem Schutz steht. CSDs sind eben mehr als bunte Partys, sie sind Ausdruck konkreter politischer Forderungen nach mehr Sichtbarkeit, Akzeptanz, Schutz vor Diskriminierung und Gewährleistung gleicher Rechte für alle.

Mit einem Antidiskriminierungsgesetz holen wir darüber hinaus für die Verwaltung nach, was für private Unternehmen längst gelebte Praxis ist: Wir unterstützen Gemeinden, Landesbehörden und Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung dabei, eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt zu etablieren und Diskriminierungsrisiken im jeweiligen Handlungsfeld abzubauen. Darüber hinaus schaffen wir damit einen einheitlichen Rahmen, der es allen ermöglicht, Chancengleichheit gegenüber öffentlichen Stellen einzufordern.

Wir wollen Kontakt- und Beratungsangebote für queere Menschen in ländlichen Räumen stärken, denn die Angebote konzentrieren sich derzeit aufgrund geringer personeller und finanzieller Ausstattung durch das Land auf die städtischen Zentren. Wir weiten unser Schutzversprechen explizit auf Betroffene transnationaler Repression aus. Alle öffentlichen Einrichtungen sind bei der Entwicklung von Gewaltschutzkonzepten zu unterstützen. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf den Schutz vor queer-, frauen- und behindertenfeindlicher Gewalt. Zudem setzen wir uns insbesondere dafür ein, dass Sachsen-Anhalt Schutzprogramme für gefährdete Frauen und queere Personen aus Iran und Afghanistan aktiv unterstützt und Landesaufnahmeprogramme verstetigt.

3. Einbindung der queeren Community

Wie will Ihre Partei die queere Community in politische Meinungsbildungsprozesse einbinden? Soll der fortgeschriebene Aktionsplan, jetzt Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ umgesetzt, weiter fortgeschrieben und ausgebaut werden? Welchen finanziellen Spielraum sehen Sie jetzt und zukünftig für die Umsetzung?

Wir verpflichten uns, das Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ (ehemals: „Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen“) konsequent weiterzuentwickeln und umzusetzen. Im Rahmen zukünftiger Landeshaushaltsverhandlungen müssen entsprechende Summen für die Umsetzung des Landesprogramms bereitgestellt werden. Dafür werden wir kämpfen. Dabei sowie bei der Fortschreibung des Programms ist der kontinuierliche Austausch mit den Selbstvertretungsgremien von großer Bedeutung, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen den tatsächlichen Bedürfnissen und Anliegen der LGBTIQ*-Community entsprechen.

Ohnehin muss die queere Community in politische Meinungsbildungsprozesse stärker eingebunden werden. Dazu zählt insbesondere die queere Jugendvertretung. Wir setzen uns dafür ein, institutionelle Strukturen für eine konsequente Queer-Politik in Sachsen-Anhalt

auszubauen. Derzeit fehlen klare Strukturen und Zuständigkeiten, um die Rechte und Bedürfnisse queerer Menschen wirksam zu vertreten. Durch den Aufbau stabiler Strukturen werden die Sichtbarkeit und Gleichstellung von queeren Menschen gestärkt und Diskriminierung aktiv bekämpft.

4. Art 3 GG

Verfolgt Ihre Partei weiterhin das Ziel sexuelle und geschlechtliche Identität in den Schutzbereich des Grundgesetzes durch eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung von Artikel 3 Grundgesetz aufzunehmen?

Ja, wir stehen weiterhin zu diesem Ziel. Es geht im Übrigen auf unsere bündnisgrüne Initiative in der letzten Wahlperiode zurück, dass im Jahr 2020 der Passus in §7 Absatz 3 der Landesverfassung aufgenommen wurde, nach dem niemand aufgrund seiner sexuellen Identität bevorzugt oder benachteiligt werden darf. Auch diesen wollen wir zukünftig erweitern, so dass in diesem sowohl die sexuelle wie geschlechtliche Identität aufgenommen wird.

Gesundheit

1. Auskömmliche Finanzierung und Weiterentwicklung der HIV/STI-Prävention und sexuellen Bildung

Wie stellt Ihre Partei sicher, dass die Aidshilfen in Sachsen-Anhalt auch künftig dauerhaft auskömmlich finanziert und strukturell weiterentwickelt werden, insbesondere mit Blick auf niedrigschwellige HIV- und STI-Prävention, sexuelle Bildung sowie Test- und Beratungsangebote im ländlichen Raum? Wie soll dabei gewährleistet werden, dass auch spezifische Zielgruppen, insbesondere Menschen in der Sexarbeit, adäquat erreicht und versorgt werden können?

Wir wollen die HIV-/STI-Prävention und die Aidshilfen im Land sowie Maßnahmen der sexuellen Bildung auch künftig dauerhaft auskömmlich finanzieren und strukturell weiterentwickeln. Die entsprechenden Angebote müssen niedrigschwellig und insbesondere auch im ländlichen Raum zur Verfügung stehen. Mit innovativen Konzepten wie mobilen Praxen und Telemedizin können diese Angebote in die Fläche gebracht werden. Mobile Beratungsteams mit einem Schwerpunkt auf queersensibler Prävention und Beratung wollen wir finanzieren und in die Fläche bringen, um insbesondere Menschen in der Sexarbeit anzusprechen. Noch viel zu häufig werden sie in der Medizin stigmatisiert und erhalten keine passende Unterstützung. Hier müssen zielgenaue Ansprachen entwickelt werden.

2. Psychische Gesundheit und Unterstützung queerer Menschen

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die psychosoziale und mentale Gesundheitsversorgung für queere Menschen zu stärken und bestehende Community-basierte Beratungs- und Unterstützungsangebote dauerhaft finanziell und strukturell abzusichern, um eine bedarfsgerechte Versorgung bei psychischen und psychosozialen Belastungen sicherzustellen?

Community-basierte Beratungs- und Unterstützungsangebote wollen wir dauerhaft finanziell und strukturell absichern, denn Queerfeindlichkeit und ein allgemeines hostiles gesellschaftliches Klima wirken sich (zusätzlich zu allen weiteren Belastungsphänomenen

der Gegenwart) so stark wie seit Jahrzehnten nicht auf die psychische Gesundheit queerer Menschen aus.

Für queere Jugendliche setzen wir uns für den Ausbau niedrigschwelliger Beratungsangebote im Bereich der psychischen Gesundheit ein, einschließlich Krisenintervention und zusätzlicher psychotherapeutischer Plätze. Junge Menschen müssen frühzeitig und unkompliziert Unterstützung erhalten, wenn sie psychische Belastungen oder akute Krisen erleben. Dazu braucht es endlich eine separate Bedarfsplanung für Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen sowie weitere (kinder- und jugend-)psychotherapeutische Kassensitze. Der Bedarf an Schulpsycholog*innen muss ebenfalls abgedeckt sein. Auch die queersensible psychosoziale Beratung im Rahmen der Studierendenwerke der Hochschulen wollen wir bedarfsgerecht ausfinanzieren. Wir wollen zudem, dass queere Geflüchtete einen schnellen Zugang zu psychologischer Ersthilfe erhalten. Insgesamt setzen wir uns für eine verlässliche Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung ein und lehnen die kürzlich getroffenen Honorarkürzungen von 4,5% ab dem 1. April 2026 seitens des Erweiterten Bewertungsausschusses entschieden ab. Darunter leiden nicht nur die Therapeut*innen, sondern insbesondere auch queere Menschen, die häufig monatelang auf einen Therapieplatz warten.

Recht auf Selbstbestimmung

1. TIN* Rechte in Bildung und Verwaltung

*Wie will Ihre Partei Regelungen zum Selbstbestimmungsgesetz so im Landesrecht umsetzen, dass TIN*Personen ausreichend vor Diskriminierung geschützt und vollumfänglich anerkannt werden? Wird es tin*sensible Schutzkonzepte in allen Bildungseinrichtungen geben?*

Es müssen landesrechtlich verbindliche Regelungen zu Vornamens- und Personenstandsänderungen geschaffen werden, damit der selbstgewählte Vorname und Personenstand anerkannt werden. Dies gilt neben den Bildungseinrichtungen wie Schule und Hochschule auch für die Verwaltung. Wir wollen Schulleitungen bspw. landeseinheitliche und rechtssichere Handlungsrichtlinien bereitstellen, welche es ermöglichen, den baulichen, unterrichtlichen und dokumentarischen Bedürfnissen von trans, intergeschlechtlichen und nicht-binären Schüler*innen im Schulalltag gerecht zu werden. Zusätzlich wollen wir eine unabhängige landesweite Ombudsstelle für Diskriminierungsvorfälle und Übergriffe jeglicher Art an Schulen einrichten und Beratungsangebote sowie Präventionsprogramme stärken. Darüber hinaus sind alle öffentlichen Einrichtungen bei der Entwicklung von Gewaltschutzkonzepten mit besonderem Augenmerk auf TIN*Personen zu unterstützen.

Die Regelungen zum Selbstbestimmungsgesetz wollen wir u.a. im Rahmen eines Landesantidiskriminierungsgesetzes umsetzen. Das Gesetz soll Gemeinden, Landesbehörden und Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung dabei unterstützen, eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt zu etablieren und Diskriminierungsrisiken im jeweiligen Handlungsfeld abzubauen. Darüber hinaus schaffen wir damit einen einheitlichen Rahmen, der es allen ermöglicht, Chancengleichheit gegenüber öffentlichen Stellen einzufordern.

2. Beratungsstrukturen für TIN*Personen

*Stellt Ihre Partei die finanziellen und strukturellen Ressourcen zur Verfügung, um TIN*Personen flächendeckend Beratungs- und Begleitangebote zur Verfügung zu stellen? Wie soll in strukturschwachen Regionen ein auskömmliches Angebot gesichert werden?*

Ja, wir werden Fachzentren für geschlechtliche Vielfalt als interdisziplinäre Beratungs- und Versorgungsstellen für TIN-Personen finanzieren. Ergänzend dazu sollen der langfristige Ausbau und die Verstetigung bestehender Peer-to-Peer-Angebote sowie Angebote digitaler und mobiler Beratung erfolgen, welche insbesondere zur Unterstützung in strukturschwachen Regionen dienen.

Wir hoffen, Ihnen und Ihren Mitgliedern mit diesen Antworten weitergeholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen



Susan Sziborra-Seidlitz
Landesvorsitzende



Dennis Helmich
Landesvorsitzender